

presse

Studienabbrecher bleibt großes Problem der Bologna-Reformen

Anlässlich der Debatte zur Bologna-Reform erklärt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann:

Eines von drei Zielen erreicht – das ist bestenfalls die nüchterne Bilanz der bisherigen Bologna-Reformen an den deutschen Hochschulen. Dazu muss die rosarote Brille natürlich abgelegt werden, durch die offenbar auch Bundesministerin Schavan den Bologna-Prozess bewertet. Von den drei Zielen der Reformen – Verkürzung der Studiendauer, mehr Studienmobilität und vor allem weniger Studienabbrecher – konnte bisher nur das erste erreicht werden.

Lerndruck und die mangelnde Anerkennung ausländischer Studienleistungen erschweren dagegen heute Mobilität eher, als dass sie sie erleichtern. Vor allem aber ist die Abbruchquote heute sogar höher als vor den Reformen.

Gerade die problematisch hohe Zahl von Studienabbrechern und -abbrecherinnen trifft ins Mark des Hochschulsystems. Lag die Quote vor den Reformen bei 23 Prozent, so liegt sie beim Bachelor an Universitäten heute bei 35 Prozent. Gerade in den für den Fachkräftebedarf so wichtigen Mangelfächern, wie im Ingenieurwesen oder in der Informatik, sind die Abbruchquoten in BA-Studiengängen deutlich höher als in traditionellen Studiengängen. Hier sind zusätzlich Anstrengungen notwendig, um die Quoten zu senken und diesen „Bologna-Peak“ Schritt für Schritt abzutragen.

Dies spricht natürlich nicht gegen den Bologna-Prozess an sich, wohl aber gegen dessen Umsetzung. Den vor zwei Jahren im Lichte der Protestbewegungen begonnenen Weg zur „Reform der Reform“ unter den Stichworten Studierbarkeit, weniger Prüfungsdichte, mehr Zeit für Mobilität, Entschlackung

der Inhalte und so weiter müssen Politik und Hochschulen konsequent weitergehen. Ein Zurück gibt es nicht.

Das Bundesbildungsministerium ist hier jedoch bisher nur Zaungast. Zum Teil, weil die Verfassung dem Bund die direkte Grundfinanzierung von Hochschulen untersagt. Das muss geändert werden, aber genau hier bleibt der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Grundgesetzänderung weit hinter dem zurück, was notwendig ist. Frau Schavan scheitert aber an Bologna auch dort, wo sie bereits jetzt etwas bewegen könnte. Weder ist der Hochschulpakt aufgestockt worden, wie es der erfreuliche Ansturm auf die Hochschulen eigentlich erforderte, noch ist der Qualitätspakt bisher so richtig ins Laufen gekommen. Und die soziale Dimension der neuen Rekorde bei den Studierendenzahlen ignoriert sie völlig: bisher keine BAföG-Anpassung, kein Ausbau der Beratungs- und Betreuungsangebote, keine Initiative für günstigen Wohnraum und ausreichende Mensenplätze und auch keine für mehr Kinderbetreuung. Jubelmeldungen über die Presse zu verteilen ersetzt niemals eine aktive Hochschulpolitik.